

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 4

Artikel: Vor Missbrauch wird zu leicht gewarnt
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093079>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vor Missbrauch wird zu leicht gewarnt

Die Freiheit ist das höchste Gut des Menschen. Darf diese beschränkt werden, wenn die Folge von deren praktischer Inanspruchnahme zu Unfreiheit führt? Oder, anders gefragt, heiligt der Zweck in einigen Fällen doch die Mittel? Christian Brügger versucht in seinem Essay, darauf eine Antwort zu finden.

Es war damals vor langer Zeit. Damals, als es noch die DDR gab, dem Westen verbunden durch das sittliche Gebot, sich kein Feindbild von ihr zu machen. Damals also las ich in einer grossen westdeutschen Zeitung eine Kolumne, verfasst von einem nachdenklichen Theologen. Er hinterfragte das Thema der fehlenden Freiheit in der DDR.

Zur Freiheit . . .

O ja, so fing er an, an Freiheit fehle es dort allenthalben; das stimme schon. Aber ob die Selbstgerechten im Westen schon darüber nachgedacht hätten, was das alles bedeute? Zum Beispiel auf der einen Seite keine Freiheit zu hungern, arbeitslos dahinzuleben, mangels erschwinglicher Wohnräume unter Brücken zu schlafen. Und auf der andern Seite keine Freiheit zur hemmungslosen Ausbeutung der Mitmenschen, keine Freiheit zu faschistischen Vereinigungen, zur Kriegspropaganda, zum uneingeschränkten Egoismus.

Das Beispiel «keine Freiheit zur Umweltzerstörung» kam nicht vor, und das würde ich dem Wisch zugute gehalten haben, wenn die vorbedachte Lücke nicht verraten hätte, dass dem Autor mehr anzulasten war als nur grandiose Naivität. Noch etwas anderes roch verdächtig falsch: der Anspruch auf eigene Nachdenklichkeit. Was dem Leser da – und erst noch an den klassischen Beispielen – vorgesetzt wurde, war nichts anderes als das, was marxistische Freiheitsleugnung 150 Jahre lang den Nachbetenden (weit eher als den Nachdenkenden) unermüdlich vorgekauft hatte. Fragt nicht nach Freiheit, Leute, nein, fragt: Freiheit für wen, Freiheit wozu? Die Antwort wurde gemäss marxistischem Feindbild, der grossen Hauptsache am marxistischen Weltbild, mitgeliefert.

Die Nazis kamen dann auf die nächste Relativierung: Recht auf Leben für wen, Recht auf Leben wozu? Und lieferten ihre eigene

Antwort mit Endlösungsanspruch, umgesetzt in den Vernichtungslagern. Die Praxis hatte ihre verwandtschaftsbedingte Ähnlichkeit mit dem stalinistischen Gulag, den die marxismuserorientierte Denkart erst leugnete, dann verniedlichte und schliesslich als Perversion der ursprünglichen Lehre abtat, ohne gross darüber nachzudenken, wie es denn dazu hatte kommen können.

Die westliche Welt triefte vor Betroffenheit, aber die bezog sich darauf, dass der Reagan eine totalitäre Diktatur ein «evil empire» hatte nennen können; dem Ding selbst hatte man weiter nichts vorzuwerfen als dogmatische Auswüchse und technologische Rückständigkeit. Dabei ist es durchaus ein massenmörderischer Irrtum der Geschichtswertung gewesen, die Affinität von Nationalsozialismus und Internationalsozialismus nicht begriffen zu haben.

Von den grossen Übeln zurück zu den üblen Geringfügigkeiten jener (immerhin damals zeittypischen) Kolumne. Geprägt war sie von einem sehr schlichten Grundgedanken: Die Profitgesellschaft (noch früher hätte man vom Kapitalismus gesprochen) besteht aus Freiheitsmissbrauch, und die sozialistische Gesellschaft verhindert diesen. Mit dem konkreten Unsinn und mit der konkreten Lüge hinter dieser Vorstellung braucht heute niemand mehr zu rechten. Das ist inzwischen selbst für die spätesten, ja sogar für die schweizerischen Spätmarxisten flagrant geworden. Der Autor jener Kolumne würde heute anders schreiben, und vielleicht tut er es auch.

Erhalten aber hat sich die Missbrauchsthematik «an sich». Im entideologisierten Zustand und ohne die vorgeschiente Antwort auf dem Weg zur alternativen Heilsgesellschaft. Was übriggeblieben ist, das ist die Vorbehältlichkeit, und was neu hinzugekommen ist, das ist deren pragmatische Verzettelung. «Freiheit für wen?, Freiheit wozu?», das fragen nicht mehr marxoide NachDenker im eingekabelten Wissen, dass die Freiheit der Multis den Hunger für die andern bringe. Nein, hier geht es um Fragen, die wir heute alle stellen, aber jeweilig und nicht modellbezogen. Und die einschränkende Antwort (sie ist bei solcher Fragestellung vorgegeben) erfolgt fallweise. Was nicht ausschliesst, dass sie gefährlich reflexhaft erfolgen kann: «Freiheit ja, aber sicher nicht für

diese Gruppe und sicher nicht für deren Zweck.» Wenn ich «sicher nicht» höre, und wäre es in Zustimmung zu meinem eigenen Vorbehalt, werde ich unsicher.

Und meistens, ja eigentlich fast immer, ist die jeweilige Negation an eine generelle Relativierung gebunden, die zeitlicher Natur ist. Wir sagen dann: «Freiheit für die da ja, aber nicht gerade jetzt.» Das kann man immer sagen und immer anfügen. Und immer gibt es Umstände, die den Satz rechtfertigen, objektiv feststellbare Umstände sogar; das muss man schon sehen.

Wer die Freiheit schon lange als Selbstverständlichkeit hat, der umgibt sie mit häuslichem Instinkt, und das ist menschlich. Für die Mutter kommt die Freiheit der Tochter immer zu früh. Nur: Bedarf die Freiheit zu ihrer guten Entwicklung der Mama? Oder ist sie selber die Mama einer guten Entwicklung?

Wenn man es so sagt, gelangt man ohne Schwellenhöhe in die Thematik, aber diese ist ernst genug. Die jeweilige Frage, ob die Freiheit zu früh beansprucht oder zu spät gewährt wurde, ist in der Geschichte nicht nur debattiert, sondern auch ausgefochten worden. Mit Strömen von Blut.

Was ich von der Freiheit sage, der einen grossen und der vagen einen, das meine ich auch und ganz besonders von den Freiheiten, die tatsächlich zählen, wenn es um konkrete politische Belange geht: die Freiheit zur ungestraften öffentlichen Meinungsäusserung, die Freiheit zur beliebigen Vereinigung einschliesslich politischer Parteien, die Freiheit zu wählen und für die Auswahl selbst besorgt zu sein. Das nämlich sind die Dinge, an denen die Freiheit in staatlichen Belangen zu messen ist. Anders verkommt sie zum definitorischen Geschwätz mitsamt der Möglichkeit, dass eine diktatorisch veranlagte Führung davon zielbewussten Gebrauch macht; die Geschichte des real gehandhabten Marxismus sollte uns da eine Lehre sein, aber leider ist das bei weitem nicht die einzige Möglichkeit, Schindluderei mit der Freiheit zu treiben.

Bestimmbare Freiheitsrechte machen aus der Freiheit denn auch Freiheiten, direkt beanspruchbar für jeden. Für jedes Individuum heisst das, und für jede Gruppierung heisst

das auch. Die denkbaren Umgestaltungen sind vielfältig, aber zwei Oberbegriffe haben sich nach langen Wirren wenigstens bei uns und wenigstens auf Zeit etabliert: Demokratie und Selbstbestimmung. Ich nenne nicht gern beides im gleichen Atemzug. Die Worte suggerieren Ähnliches, aber der Sinn hat sich doch stark spezialisiert.

... Selbstbestimmung und Demokratie ...

Die Demokratie bezieht sich auf das Individuum, insbesondere auf den Staatsbürger, in seiner auszählbaren Summierung zwar, aber jederzeit frei zu beliebiger Sammlung für beliebige Anliegen. Die Selbstbestimmung wiederum bezieht sich auf eine vorgegebene Gruppierung mit vorgegebenen Zugehörigkeiten. Das Recht darauf wird den Völkern zugestanden, denen man eigene ethnische und kulturelle (oft religiöse) Charakteristiken zubilligt. Verwirklichen lässt sich das Selbstbestimmungsrecht nur mittels eigener Territorien und eigener Staatlichkeit, und wenn die Grenzen einmal bestimmt sind, können sie auch den nationalen Rahmen bilden für die Demokratie, die Herrschaft der Staatsbürger.

Demokratie und Selbstbestimmung vertragen einander besser im Ergebnis als im Werden. Wenn es um Bildung von Nationen geht, werden sie konfliktträchtig. Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion oder Jugoslawiens haben ihre Unabhängigkeit selber proklamiert, ohne sich auf einen allfälligerweise eruerbaren demokratischen Gesamtwillen im ehemaligen Gebilde angewiesen zu fühlen. Die Volksabstimmung im jeweils beanspruchten Gebiet war ihnen demokratische Legitimität genug, und fast überall drängt die Frage nach, welche Nationen, welche Völker oder Volksgruppen sonst noch auf den gleichen Werdegang ihren Anspruch erheben könnten.

Sowohl für Demokratie als auch für Selbstbestimmung braucht es die Freiheit, und in diesem Sinn haben wir nach beidem zugleich gerufen, als die geschlossene Gesellschaft einer totalitär angelegten Diktatur beides zugleich verhinderte, zusammen mit den andern Erscheinungen der menschlichen Freiheitsansprüche. Nunmehr ist die organisierte Verunmöglichung zerborsten, und wir

merken, dass die ermöglichten Freiheiten ihre Problematik haben.

Der rasante Zerfall des sozialistischen Systems hat bei uns im Westen auch zu jener Beunruhigung geführt, die eine gewaltige Zertrümmerung immer auslöst. Während die grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen den desavouierten Sympathisanten und den gerechtfertigten Gegnern des Systems zum historischen Nachtrag verebht ist, hat die politische Philosophie des «Oui mais» ihr dicht gekräuseltes Oberwasser erlangt. Niemand setzt mehr der offenen Gesellschaft ein systematisches Nein entgegen, aber wo ist die Genugtuung ihrer Befürworter? Ihr Clubabzeichen ist die Warnung vor der Euphorie. Als ob diese noch irgendwo als Gefahr zu sichten wäre.

Die neue Vorbehältlichkeit des Westens, die nachmarxistische Vorbehältlichkeit also, zeigte sich zuerst beim Motiv der Selbstbestimmung. Ja, aber nicht so nationalistisch, nicht zu früh, nicht auf Kosten von ... nicht ... nicht ... Man konnte den vorsorglichen Einwand auch ganz spezialisiert haben: Ja für die Slowenen, aber aufgepasst bei den Kroaten. Das ist eine Warnung, die ich selber ausgesprochen habe; ich zeige also nicht mit dem Finger nur auf die andern. Überhaupt scheint es mir jeder der genannten Vorbehalte zu verdienen, ernst genommen zu werden. Nur vermisse ich es trotzdem: zur Selbstbestimmung jenes Ja, das nicht als rhetorischer Auftakt zum real gemeinten Aber produziert würde.

... um jeden Preis?

Nun, mit den nationalen Ansprüchen ist es ohnehin eine unheimliche Geschichte, und

im Zweifelsfall ist der Anspruch auf Demokratie der bessere. Nur: Wie ist er zu wahren?

In Algerien sind die ersten freien Wahlen (Schönheitsfehler können das Prinzip nicht übersehen lassen) nach dem ersten Wahlgang annulliert worden, weil sie sonst die Errichtung einer fundamentalistischen Diktatur ermöglicht hätten. Das ist ein Widerspruch, und ich behaupte nicht, ihn lösen zu können. Wenn das jetzige Einschreiten zur späteren Ermöglichung einer Demokratie führt, bin ich bereit, ihm mit grösstmöglichem Widerstreben zuzustimmen; 1933 wäre in Deutschland keine Wahl auch besser gewesen als die Wahl Hitlers.

Was freilich Algerien (plus andere Staaten) angeht, ist die Gefahr fundamentalistischer Machtergreifung nicht beseitigt, sondern einstweilen nur der Weg vermittelt Wahlen. Und um solche ist es immer schade, auch dann, wenn man ihre Vereitelung gutheisst, weil einem im konkreten Fall die bestmögliche Einsicht nichts anderes zulässt.

In einem Kommentar habe ich gelesen: «Nur irregeleitete Vertreter des Multikulturalismus können im Ernst einer Bewegung eine Träne nachweinen, welche zum Beispiel die Emanzipation der Frau grundsätzlich ablehnt.» Nun, ich würde der fundamentalistischen Bewegung auch dann keine Träne nachweinen, wenn sie schon verblichen wäre. Aber Liebe zu den Fundis ist wahrhaftig keine Vorbedingung, um über vereitelte Wahlen zu trauern, ganz einfach deswegen, weil sie vereitelt worden sind.

An ihrem Missbrauch sind schon manche Freiheiten zugrunde gegangen. Aber an den Missbrauchsverhütungsmitteln auch. ■

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's